

Positionspapier

Plastikmüll vermeiden - LandFrauen sorgen sich um den Zustand der Ozeane

Der LandFrauenverband Württemberg-Baden beschäftigt sich in seiner Bildungsarbeit seit drei Jahren mit dem Thema Plastikmüll. In über 100 Vorträgen haben sich LandFrauen bereits über die Ursachen und Auswirkungen des Plastikmülls informiert. Angesichts der Situation in den Weltmeeren sind die LandFrauen in großer Sorge. Deshalb bezieht der Verband Position zum Welttag der Ozeane am 08. Juni 2018.

Situation

Die Verwendung von Kunststoffen nimmt weltweit zu. In Europa werden 40 Prozent der Kunststoffe für Verpackungen verwendet. In Deutschland nimmt die Menge der Kunststoffverpackungen jedes Jahr zu, aktuell werden 4,4 Mio. Tonnen im Jahr produziert. Da Verpackungen nur relativ kurze Zeit genutzt werden, fallen Sie schnell als Müll an. Nur circa die Hälfte der Plastikverpackungen wird stofflich verwertet, also recycelt. Kunststoffe sind sehr langlebig und leicht. Bei der Mülldeponierung ist die Gefahr des Eintrags in die Umwelt groß. Durch den Transport vor allem in Flüssen gelangen große Mengen in die Ozeane. Jedes Jahr werden 8 Mio. Tonnen an Plastikmüll in die Ozeane eingetragen. Primäres Mikroplastik aus Kosmetika, Putzmitteln und Kunststoffwachsen belastet die Umwelt zusätzlich.

Wirkungen

Durch den Plastikmüll in den Meeren entstehen massive Probleme für die Tierwelt. Plastikteile werden verschluckt und können nicht verdaut werden. Durch den mit Plastik gefüllten Magen kann keine Nahrung mehr aufgenommen werden – die Tiere verhungern. In Folien, Tüten, Schnüre verfangen oder strangulieren sich die Tiere. Am Mikroplastik in den Meeren lagern sich bevorzugt Giftstoffe an, die zusammen mit dem Mikroplastik aufgenommen werden. Beides reichert sich innerhalb der Nahrungskette an.

Die Probleme, die durch den Plastikmüll in den Meeren entstehen werden immer deutlicher. Ursachen und Verursacher werden zunehmend klarer. Schon jetzt entstehen Kosten, um den Plastikmüll aus der Umwelt zu entfernen, insbesondere im Bereich des Tourismus und des Fischfangs. Gleichzeitig ist die Fischerei ein maßgeblicher Verursacher von Plastikmüleinträgen in die Meere.

Maßnahmen und Forderungen

Vielseitige Maßnahmen um Abhilfe zu schaffen sind notwendig. Zum einen, um den weiteren Eintrag von Plastikmüll zu vermeiden und zum anderen, um den Plastikmüll aus der Umwelt zu entfernen.

- Durch die Bildungsarbeit kann das Bewusstsein für die Problematik geschaffen und Möglichkeiten aufgezeigt werden, Plastikmüll zu vermeiden. Fördermittel für Bildungskampagnen können Bildungsträger dabei unterstützen.
- Politisch müssen Alternativen für plastik-/ verpackungsfreie Systeme gefördert werden, wie zum Beispiel Pfandsysteme.
- Ein verpackungsfreier Einkauf wird durch die Lebensmittel-Hygieneverordnung erschwert. Hier muss ein Kompromiss gefunden werden, um Hygieneanforderungen und umweltfreundliche Systeme in Einklang zu bringen.
- Flächendeckende Veränderungen für einen plastikfreien und klimafairen Einkauf können durch kommunale Initiativen angestoßen werden, wie das Beispiel der Gemeinde Brackenheim zeigt. Hier braucht es Förderprogramme, die kommunale Initiativen anstoßen und unterstützen.
- Der Einsatz von primärem Mikroplastik muss europaweit verboten werden. Ein umfassendes Verbot muss im Rahmen der EU-Strategie für Kunststoffe möglichst sofort umgesetzt werden.
- Wissenschaftliche Erkenntnisse, wie sich über Wasser und Lebensmittel aufgenommenes Mikroplastik im menschlichen Körper verhält, sind dringend notwendig.
- Ein wichtiger Schritt um den Eintrag von Plastikmüll weltweit und vor allem in Ländern des globalen Südens zu reduzieren, ist, eine Müllentsorgung aufzubauen oder zu verbessern. Neben der Beratung ist hier die finanzielle Förderung im Rahmen der Entwicklungshilfe notwendig. Die Einrichtung des „blue action fund“ durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ist dafür ein erster Schritt, um Projekte von Nichtregierungsorganisationen zu unterstützen. Er ist angesichts der riesigen Herausforderungen jedoch nicht mit ausreichend Mitteln ausgestattet.
- Im Sinne einer nachhaltigen Produktion, die den Weg der Produkte von der Entstehung bis zur Entsorgung betrachtet, müssen auch Unternehmen, die Kunststoffe produzieren und verarbeiten, stärker in die Verantwortung genommen werden. Eine verbindliche Abgabe dieser Unternehmen an den „blue action fund“ wäre hierzu eine Möglichkeit.

Stuttgart, 07. Juni 2018

Nähere Informationen zum LandFrauenverband Württemberg-Baden unter www.landfrauen-bw.de